



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

E/V/144

24. Juni 1950

Hinweise

auf den Inhalt:

Die CDU am Zuge - Zu den Koalitions- gesprächen in Nordrhein-Westfalen	S.1
Das sinkende Schiff - Tschiang-Kai-Schek wird von seinen "Getreuen" verlassen	S.3
Ulbricht ist kein Sudetendeutscher Zum Vertrag von Prag	S.4
Nachrichten aus der Ostzone	S.5

Die CDU am Zuge

sp. Alles, was in der Frage der Neubildung einer Regierung in Nordrhein-Westfalen bisher geäußert worden ist, war Vorgeplänkel. Die konkreten fraktionellen und vielleicht interfraktionellen Besprechungen dürften in dieser Woche beginnen. Bisher beherrschten Vermutungen das Feld, ihr Rahmen war durch die Wahlergebnisse abgesteckt, ihr Inhalt durch Wünsche verschiedenster Art.

Kleine Koalition, Kultur-Koalition, grosse Koalition waren die häufigsten Schlagworte, d.h. Regierungsverbindungen von CDU plus FDP, von CDU plus Zentrum und von CDU plus SPD plus Zentrum. Welche der Möglichkeiten Wirklichkeit werden wird, hängt in erster Linie von den Entschlüssen der CDU ab. Dafür, wie die Entscheidung dieser Partei ausfällt, wird wieder weitgehend massgebend sein, ob sie in Bonn oder in Düsseldorf fällt.

Adenauer steht heute, wenn man so sagen darf, vor der letzten grossen Hürde in dem Rennen zum Ziel eines nach dem Bonner Muster ausgerichteten Koalitionsprinzips in den Länderregierungen, das zusammenfällt mit dem anderen Ziel, die wichtigsten Exponenten des immer wieder unbotmässigen linken Flügels mattzusetzen. Schlange-Schönningh ging nach London. Er hinterliess in sachlicher Beziehung eine Lücke, die, wie allgemein zugegeben wird, durch Professor Niklas nicht ausge-

füllt wurde. Das sah auch Adenauer voraus, aber für ihn war es wichtiger, Schlange-Schönigen ausserhalb Deutschlands zu wissen. Inzwischen ist auch Adenauers unversöhnlichster und geschicktester Gegenspieler - Gereke - gestürzt. Jetzt geht es um Arnold.

Man hört, dass Arnold und sein Kreis "kämpfen" wollen, aber das haben sie schon oft gewollt. Arnold selbst wie seine Freunde werden beweisen müssen, wie weit ihre Entschlossenheit und ihr politischer Einfluss in der eigenen Partei gehen. Für die Führung einer kleinen Koalition käme Arnold freilich kaum infrage. Für diesen Fall, aber auch für den einer erneuerten grossen Koalition hält man neben Arnold auch den Düsseldorfer Oberbürgermeister Gockeln bereit.

In diesen Kombinationen um die grosse Koalition spielen bei der CDU auch Hinweise auf die notwendige Auswechslung einiger massgebender sozialdemokratischer Minister eine Rolle. Es wird nicht ausdrücklich gesagt, dass die CDU die entsprechenden Ressorts für sich beanspruchen werde, sondern auf die Möglichkeit einer Auswechslung innerhalb der SPD hingedeutet. Es lässt sich aber schwer verkennen, welchen Wert die Mitarbeit an einer Regierung für die SPD haben sollte, in der sie nicht wesentlich mitbestimmenden Einfluss hat und ganz sicher wird sie die Zumutung ablehnen, dass die CDU die Auswahl der in Betracht kommenden sozialdemokratischen Persönlichkeiten bestimmt.

In Düsseldorf hat dieser Tage der Landesvorsitzende der FDP, Dr. Mittelhanve, erklärt, die FDP werde niemals von sich aus die Forderung nach der kleinen Koalition erheben. Es sei jedoch zu hoffen, dass die CDU diese Möglichkeit aufgreifen werde. Das klingt nicht sehr optimistisch und selbstbewusst. Aber natürlich besitzt am Beginn der entscheidenden Gespräche auch die Kombination CDU/FDP noch ebenso ihre Chancen wie die Kombination CDU/Zentrum, wenn auch beide Koalitionen auf sehr schmaler Basis arbeiten.

Sachlich gesehen, erscheint in der Tat die grosse Koalition die beste Lösung. Denn das Ergebnis der Wahl war doch in erster Linie eine Bestätigung der Zusammenarbeit von CDU/SPD und Zentrum. Es wäre eine durch nichts gerechtfertigte Anmassung, wenn die CDU aus dem Wahlergebnis für sich den Anspruch herleiten wollte, eine Regierung zu bilden, in der sie dank ihres ausserordentlichen ziffernmässigen Abstandes sowohl zur FDP, wie noch mehr zum Zentrum im Grunde die einzige Regierungspartei wäre, die mehr oder weniger frei schalten könnte. Das würde die politischen und kulturellen ebenso wie die wirtschaftlichen und sozialen Spannungen im grössten deutschen Lande unerträglich steigern und die gesunde demokratische Entwicklung, die sich in dem Ergebnis vom 18. Juni kundtat, aufs schwerste gefährden.

Das sinkende Schiff

sp. Wieviele Millionen in harter Währung T.V. Sung während des Regimes seines Schwagers Tschiang-Kai-Schek für seinen Lebensabend beiseite gelegt hat, ist schwer zu sagen. Sicher ist nur, dass er, der Sohn eines Bibelhändlers, heute einer der reichsten Männer der Welt ist. Er hat jetzt seinem Schwager, der auf Formosa immer noch Regierung spielt, mitgeteilt, er werde der Aufforderung an alle im Ausland lebenden führenden Männer des zusammengebrochenen Regimes, nach China, das heisst natürlich nur noch nach Formosa, zurückzukehren, nicht Folge leisten. Er müsse in den Vereinigten Staaten seine Gesundheit pflegen.

Das wird für die 20, 30 oder 40 Millionen Chinesen, die nach zuverlässigen Nachrichten vom Hungertod bedroht sind, und ihre Gesundheit nicht pflegen können, keine grosse Überraschung sein. Sung, der jahrelang Aussenminister der chinesischen Nationalregierung und für einige Zeit sogar Premier gewesen ist, hatte sich zunächst nach Paris und dann nach den Vereinigten Staaten abgesetzt, als seine und seiner Sippe Herrlichkeit in China zu Ende ging. Das grosse Finanzgenie Kung, auch er wie Tschiang-Kai-Schek mit einer Schwester Sung's verheiratet, sehrt ebenfalls in Amerika von den Zinsen eines Millionenvermögens, das er in einflussreichen Ämtern, darunter dem eines Finanzministers, in China erworben hat.

T.V.Sung verliert mit seiner Absage die Mitgliedschaft im Zentral-exekutivsausschuss der Kuomintang, die mehr als zwei Jahrzehnte lang ganz China diktatorisch beherrscht hat. Sie beherrscht nun statt 450 Millionen Menschen nur noch zwei Millionen und diese nur, weil Formosa vom Festland durch eine breite Wasserstrasse getrennt ist. Den Verlust seiner Stellung in der Parteihierarchie wird Sung leicht verschmerzen können. Sein Schwager Tschiang-Kai-Schek bemüht sich, den Eindruck zu erwecken, als habe damit Sung nicht mit ihm und der Kuomintang gebrochen, da er Parteimitglied bleibe.

Das ändert nichts an der Tatsache, dass Sung das sinkende Schiff endgültig verlassen hat. Wann es untergehen wird, ist schwer zu sagen. Formosa wird für Mao eine der schwersten militärischen Aufgaben sein, die er je zu lösen gehabt hat. Er hat keine Flotte und keine, jedenfalls noch keine nennenswerte Luftwaffe. Tschiang-Kai-Schek aber verfügt auf Formosa über zahlreiche glänzend ausgerüstete Elitedivisionen, die er sich für den letzten Waffengang aufgespart hat. fl.

Ulbricht ist kein Sudetendeutscher

-dt. In den Sommermonaten des Jahres 1945 wurden durch die sudetendeutschen Grenzdörfer Tausende und Abertausende von Menschen getrieben, Kinder, Frauen und alte Männer, abgehärmt, zerschlagen, zerlumpt und zum Umfallen ausgehungert. Der Autor dieser Zeilen hat an der böhmisch-sächsischen Grenze viele solcher Elendszüge vorüberziehen sehen, bis er selbst bei Nacht und Nebel die Heimat verlassen musste ..

Nun hat der deutsche Kommunist Ulbricht dem tschechischen Kommunisten Zapotocky bescheinigt, dass die Aussiedlung der Sudetendeutschen "gerecht, unabänderlich und definitiv" sei. Wäre Ulbricht Zeuge dieser Aussiedlungsaktion gewesen, dann hätte er gesehen, dass die Gerechtigkeit in einem Meer von Fluch und Tränen erstickt wurde. Über das andere, das Unabänderliche und Definitive, haben nicht er und Zapotocky zu bestimmen, das ist Sache derer, die ⁱⁿ 800 Jahre langer Pionierarbeit aus unwirtlichen Gebirgsgegenden zäh und fleissig eine Kulturlandschaft schufen, deren Vorzüge und Schönheiten weit über ihre engen Grenzen hinaus Klang und Namen haben. Das kann man nicht mit einem Federstrich und mit einer Kette von Gewaltaktionen aus der Welt schaffen. So wenig wie Ulbricht ein Recht hatte, das Oder-Weisse-Gebiet an Polen zu verhandeln, so wenig ist er befugt, über den sudetendeutschen Siedlungsraum zu verfügen. Er selbst ist nicht Sudetendeutscher und keine sudetendeutsche Institution hat ihm das Recht gegeben, für die Sudetendeutschen einen Verzicht auf die Heimat zu leisten. "Die Sudetengebiete haben uns niemals gehört", hat kürzlich Aussenminister Dertinger erklärt (ein merkwürdiger Aussenminister übrigens, der bei allen aussenpolitischen Aktionen fehlt), und was einem nicht gehört, kann man auch nicht abtreten.

Was jetzt in Prag geschehen ist, hat mit Völkerrecht nichts zu tun, eher mit dem Strafrecht. Ein Hehler und ein Raubmörder haben sich gegenseitig und wider besseres Wissen bescheinigt, dass sie Ehrenmänner seien. Beide haben einen Meineid geleistet, um ihr Gewissen zu beruhigen, das mit dem Tode von Hunderttausenden bei der "gerechten" Aussiedlung umgebrachten Sudetendeutschen belastet ist. Beiden hat nicht nur die Legitimation, es hat ihnen auch die ethische Grundlage für einen solchen Vertrag gefehlt.

Wenn die Zeit gekommen ist, werden die Sudetendeutschen in freier Entscheidung selbst bestimmen, was mit ihrer Heimat zu geschehen hat.

Es ist undenkbar, dass sie diesen Anspruch jemals aufgeben und sollten sie selbst Generationen lang auf die Verwirklichung ihres heissesten Wunsches warten müssen. Daran ändert es auch nichts, dass sie heute gegen den Vertrag von Prag nur protestieren können. Aber diese Proteste zumindest sollen in aller Welt gehört werden.

- - -

Schleswig-Holstein-Wahl im Rundfunk

sp. Im Rahmen der NWDR-Sendungen zur Vorbereitung der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein werden drei bekannte Sozialdemokraten zu den Rundfunkhörern sprechen. Sie werden an folgenden Tagen zu hören sein:

- 4.7. um 19.30 Uhr Ministerpräsident Bruno Diekmann, Kiel
- 7.7. um 19.30 Uhr Margarete Zimmermann, Eutin
- 8.7. um 19.20 Uhr Oberbürgermeister Andreas Gayk, Kiel

- - -

Französische Spende für Dahlbusch.

sp. Das französische Arbeiterhilfswerk, welches mit der Arbeiterwohlfahrt in Deutschland zu vergleichen ist, wird an die Hinterbliebenen der in der Zeche Dahlbusch umgekommenen Bergleute 100 Lebensmittelpakete senden, die vom Oberbürgermeister oder durch die Arbeiterwohlfahrt in Gelsenkirchen verteilt werden.

- - -

Nachrichten aus der Ostzone.

"Trotzkisten" in Thüringen

sp. Im Verlaufe der Vorbereitung des dritten SED-Parteitages ist der SED-Landesverband von Thüringen mit der "Ausmerzungen einer organisierten Gruppe von Trotzkisten" beschäftigt. In Thüringen hatten sich die Funktionäre ganzer Ortsverbände geweigert, Einberufungen zu Schulungslehrgängen Folge zu leisten. Selbst Funktionäre aus Verwaltung, Wirtschaft und FDGB sind der Einladung nicht nachgekommen. Der SED-Landesverband entsandte u.a. nach Flurstedt, Wormstedt, Darnstedt, Eberstedt, Unterneusulze, Markvippach, Schlossvippach und Wickerstedt Instrukteure, die jedoch unverrichteter Sache wieder abziehen mussten. Das Zentralsekretariat der SED hat nunmehr "durchgreifende Säuberungsmassnahmen" angeordnet, da es sich dabei offenbar um "trotzkistische" Oppositionsgruppen handele. Obwohl der Landesverband Bedenken geäußert hat, dass die Säuberung das Ende der kommunistischen Tätigkeit in diesen thüringischen Orten bedeuten könnte, sind jetzt die ersten Massnahmen getroffen worden.

- - -

Postsendungen für Kriegsgefangene abgelehnt

sp. Die Postbehörden in Ostberlin und in der Sowjetzone lehnen die Annahme von Postsendungen an deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion mit der Begründung ab, dass sich keine deutschen Kriegsgefangenen mehr in der SU befänden. Bei den Personen, die noch in Gefangenschaft seien, handele es sich um "Verbrecher, die lebenslängliche Strafen zu verbüssen hätten."

- - -